

NRW-Wolfsmanagement braucht ein Update

Weidetierhalter leisten für die Gesellschaft und die Natur einen enormen Dienst. Ihre Tiere tragen bspw. vielfach aktiv zum Hochwasserschutz durch Deichpflege und zum Umweltschutz und zur Biodiversität bei. Doch diese so wichtige Arbeit ist durch die Ausbreitung des Wolfes gefährdet. Weidetierhalter haben nicht nur mit wirtschaftlichen Einbußen durch den Wolf zu kämpfen, sondern sind gezwungen, ihre Tiere nachts aufzustellen. Trotz dieser riesigen Herausforderungen sieht die Landesregierung keinerlei Handlungsbedarf. Die Inaktivität des Umweltministers kann dazu führen, dass die Weidetierhaltung in NRW zurückgehen wird. Die Weidetierhalterinnen und Weidetierhalter fühlen sich zurzeit komplett im Stich gelassen. Daher fordert die FDP-Landtagsfraktion die Landesregierung auf, zu prüfen, ob für NRW zusätzliche unabhängige und zertifizierte Referenzlabore ausgewiesen werden können, damit die Bearbeitungszeit von Erstattungen im Fall von Wolfsübergriffen deutlich verkürzt werden kann. Zudem muss ein länderübergreifendes, belastbares Monitoring inklusive Ausarbeitung fundierter Populationsmodelle durchgeführt werden. Auch der Druck auf das Bundesumweltministerium bzw. auf die EU-Kommission muss erhöht werden, so dass eine jährliche Beurteilung des Erhaltungszustandes des Wolfes möglich wird. Außerdem braucht es eine Lockerung des Schutzstatus.

» [Link zum Antrag](#)

Risikofaktor Brücken

Aufgrund der hohen Anzahl sanierungsbedürftiger NRW-Brücken steht das Risiko eines großflächigen Verkehrschaos und einer Deindustrialisierung mit unübersehbaren Folgen für die Arbeitsplätze zu befürchten. Bisher fehlt es an einem konkreten Sanierungsplan, der Planungssicherheit für Wirtschaft und Industrie im ganzen Land schafft. Die Energiewende und die Modernisierung unseres Landes sind ohne leistungsfähige Brücken und ausreichende Straßenkapazitäten nicht zu stemmen. Wir plädieren deshalb für eine Beschleunigung bei Planung, Sanierung und Neubau unserer Verkehrsinfrastruktur durch vereinfachte Vergabe, Einführung von Fristen für die Verwaltung und standardisierte Brückenbauwerke. Es braucht zudem einen Brückengipfel, der alle relevanten Akteure an einen Tisch bringt.

» [Link zum Antrag](#)



Gedenken an die Opfer des Brandanschlags

Am 29. Mai 2023 jährt sich der rechtsextremistische Brandanschlag in Solingen zum 30. Mal, bei dem fünf Menschen getötet wurden. Der Landtag gedachte am Freitag der Opfer und setzt ein Zeichen gegen jede Form von Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP stehen interfraktionell für eine lebendige demokratische Debattenskultur ohne Ausgrenzung und Diskriminierung. Das Land soll Maßnahmen und Projekte zum Gedenken an den rechtsextremistischen Brandanschlag fördern. Zudem soll die Arbeit der Servicestellen gegen Diskriminierung weiter unterstützt werden. Außerdem ist der Ermittlungsdruck gegen rechtsextremistische Straftaten weiterhin hoch zu halten.

» [Link zum Antrag](#)

Bauportal.NRW

In der letzten Legislaturperiode wurden auf Landesebene zentrale Digitalisierungsprojekte auf den Weg gebracht. Das Wirtschafts-Service-Portal genießt bei den Bürgern eine so hohe Akzeptanz, dass alle Kommunen das Landesportal nutzen. Das Bauportal.NRW ist hingegen bei den Bauantragsstellern bisher nicht akzeptiert. Nur rund 5 % der Kommunen nutzen es, weil dieses weder für die Antragsteller noch für die Bauämter einen wirklichen Mehrwert bietet. Das Bauportal leistet keinerlei Beitrag, Neubau und Sanierungen schneller und planbarer zu machen. Das Land sollte daher auch Open-Source-Software bei allen zukünftigen E-Government-Projekten einsetzen. Zudem fordern wir eine vollständig medienbruchfreie Lösung für die digitale Baugenehmigung inklusive Beantragung, Kommunikation zwischen Antragssteller und Baubehörde sowie Bescheidzustellung. Auch das Land soll die Anzahl der über Landesportale gestellten Anträge monatlich veröffentlichen, um Transparenz zu schaffen.

» [Link zum Antrag](#)

Smarter Klimaschutz, den sich alle leisten können

Das Gebäudeenergiegesetz ist in seiner bisherigen Form zu bürokratisch, zu teuer und kontraproduktiv für Klimaschutz und Wohlstand. Statt eines innovationsfreundlichen, technologieoffenen Ansatzes für die Dekarbonisierung des Gebäudebestandes wird ein Verbotsansatz gewählt, der kaum Zeit und Spielräume für eine kostengünstige Umstellung auf klimafreundliche Heizmethoden zulässt. Eigentümer von Bestandsgebäuden und Verbraucher erwarten hohe Kosten und somit gerät die soziale Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen in Gefahr. Wir Freie Demokraten setzen auf eine verbraucherfreundliche und wirtschaftliche Regelung des GEG und fordern eine umfassende Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes. Die Akzeptanz für Klimaschutz kann nur aufrechterhalten werden, wenn Energie und Wärme für Eigentümer, Mieter und Unternehmen bezahlbar bleiben. Bei der Einhaltung der Klimasziele im Gebäudesektor ist auf praktikable gesetzliche Vorgaben des GEG zu achten.

» [Link zum Antrag](#)

Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten

Für eine geordnete Migrationspolitik muss die Einwanderung von Arbeitskräften klar von humanitären Verpflichtungen zur Aufnahme von Schutzbedürftigen unterschieden werden. Die FDP setzt auf ein modernes Einwanderungsgesetz, das qualifizierte Einwanderung in den Arbeitsmarkt ermöglicht und irreguläre Migration mit rechtsstaatlichen Mitteln verhindert. In diesem Zusammenhang stellt das Konzept sicherer Herkunftsstaaten ein wichtiges Instrument dar, um Asylverfahren zu verkürzen und damit auch die Kommunen zu entlasten. Das Land soll einer Einstufung von Georgien und Moldau sowie der Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten im Bundesrat zustimmen. Wir brauchen ein regelmäßiges und geordnetes Verfahren, mit dem eine Einstufung sicherer Herkunftsländer geklärt werden kann. Asylanträge, die von vornherein sehr geringe Erfolgsaussichten haben, müssen schneller entschieden werden, damit die Rückführung rascher erfolgen kann.

» [Link zum Antrag](#)

Chancengleichheit bei LRS und Dyskalkulie

Während es für Diagnostik und Umgang mit Lese- und Rechtschreibstörung (LRS) in NRW einen geltenden Erlass gibt, liegt ein solcher für die Teilleistungsstörung Dyskalkulie/Rechenstörung nicht vor. Die vorliegende Situation im Umgang mit Dyskalkulie und LRS führt zu Chancenungleichheit von Kindern. Denn die Praxis zeigt, dass noch viel Unsicherheit und mangelnde Informationen bei Eltern und Lehrkräften vorliegen. Gemeinsam mit der SPD fordern wir daher die Landesregierung auf, die aktuellen Erlassregelungen dem aktuellen Wissenstand der Forschung zur Dyskalkulie/Rechenstörung und der Lese-Rechtschreibstörung anzupassen und im Schulgesetz zu verankern. Durch Fördermaßnahmen sollen Diagnostik und Lerntherapie verbessert werden. Zudem ist die Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften und multiprofessionellen Teams zu stärken.

» [Link zum Antrag](#)